



## **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration**

### **4. Sitzung (öffentlich)**

24. November 2005

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:35 Uhr

Vorsitz: Andrea Milz (CDU)

Protokollerstellung: Gertrud Schröder-Djug

<b>Verhandlungspunkte und Ergebnisse:</b>	Seite
<b>1 Auswertungen der IGLU- und Pisa-E-Studie 2003 hinsichtlich Kindern mit Migrationshintergrund</b>	1
An den Bericht von Ministerialdirigent Manfred Walhorn (Ministerium für Schule und Weiterbildung) schließt sich eine lebhafte Aussprache an.	
<b>2 Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2005 und Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2004/2005 und des Solidarbeitrags-gesetzes 2004/2005</b>	16
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/300	
- Bericht von Minister Armin Laschet, Aussprache.	

- 3 Familienzentren sollen zu Orten für Kinder und Familien werden** 19
- Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/471 – Neudruck
- Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung im kommenden Frühjahr.
- 4 Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen** 24
- Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/569
- Der Ausschuss beschließt, im Falle einer Anhörung des Hauptausschusses eine Pflichtsitzung durchzuführen.
- 5 Resozialisierung junger erwachsener Straftäter verbessern** 24
- Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/469
- Kurze Aussprache.
- 6 Abbau des Überhangs von Vollstreckungen im Jugendarrestvollzug** 25
- Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/470
- Der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion Drucksache 14/470 mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

<b>7</b>	<b>Stand der Reformbestrebungen des Verbraucherinsolvenzrechts und Bewertung des Berichts „Kienbaum“ für das Jahr 2004</b>	<b>29</b>
----------	--	-----------

Staatssekretär Jan Söffing berichtet zu den Reformbestrebungen des Verbraucherinsolvenzrechts. Leitende Ministerialrätin Dr. Beate Wieland (Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration) informiert den Ausschuss über den Bericht der Firma Kienbaum zur Verbraucherinsolvenzberatung - siehe auch Vorlage 14/187.

<b>8</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>37</b>
----------	----------------------	-----------

- Siehe Diskussionsteil.

\*\*\*\*\*